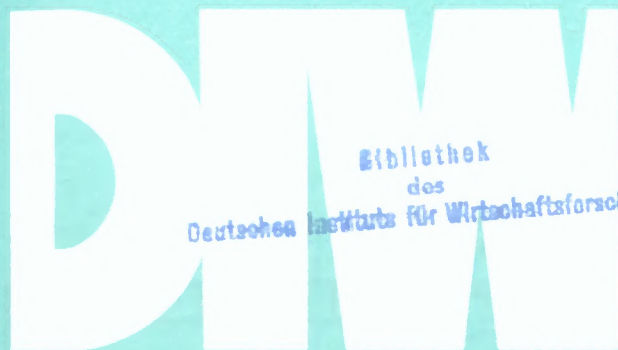




Bibliothek
des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

A 22127 C

Zur Wirtschaftslage

Westliche Industrieländer: Hochzinspolitik erfaßt auch preisstabilere Länder	125
Bundesrepublik Deutschland: Leistungsbilanzdefizit bestimmt restriktive Geldpolitik	130
Produktionsüberschüsse und Mittelknappheit erzwingen Umdenken in der Europäischen Agrarpolitik	133

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 12/80

Berlin

20. März 1980

47. Jahrgang

Zur Wirtschaftslage

Westliche Industrieländer: Hochzinspolitik erfaßt auch preisstabilere Länder

Die wirtschaftliche Entwicklung in der westlichen Welt wird immer mehr durch die Ausweitung der restriktiven Geldpolitik und damit einhergehender Zinssteigerungen beeinträchtigt. Die monetäre Restriktionspolitik wurde zunächst in den Ländern verschärft, in denen sich die Preissteigerungen am stärksten beschleunigten. Wider Erwarten hat sich aber die Außenwirtschaftssituation nicht in diesen Volkswirtschaften erheblich verschlechtert, sondern in jenen Ländern, in denen der Preisauftrieb bisher relativ milde war. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die schwächer inflationierenden Volkswirtschaften real stärker expandierten als die übrigen Länder. Die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der stark inflationierenden Volkswirtschaften fiel dagegen zunächst nicht ins Gewicht. Da nun aber die Länder mit geringeren Preissteigerungen ein beachtliches Leistungsbilanzdefizit hinnehmen müssen, zu dessen Finanzierung Kapitalimporte erwünscht sind, auch wenn zunächst auf hohe Währungsreserven zurückgegriffen werden kann, sehen sie sich dazu veranlaßt, dem restriktiveren geldpolitischen Kurs in den stärker inflationierenden Volkswirtschaften zu folgen. Die Geldpolitik wirkt somit auch hier konjunkturdämpfend, obwohl das Inflationsproblem weniger gravierend ist. Damit verlieren aber die Länder ihre konjunkturelle Zugkraft, die im letzten Jahr Spitzenreiter des Wirtschaftsaufschwungs waren und den anderen Ländern expansive Impulse vermittelten.

Infolge der ungewöhnlichen Zahlungsbilanzgestaltung in der westlichen Welt ist es für die Volkswirtschaften mit geringeren Preissteigerungen

schwierig, sich der allgemeinen Tendenz zu einem restriktiveren geldpolitischen Kurs zu entziehen. Würden sie versuchen, ihr Zinsniveau zur Stützung der Investitionsneigung relativ niedrig zu halten und durch Intervention am Devisenmarkt einem Abgleiten des Wechselkurses entgegenzuwirken, so führte die Zinsdifferenz gegenüber anderen Ländern zum Abfluß liquider Mittel. Eine ausreichende Expansion der Geldmenge ließe sich nur schwer aufrechterhalten. Da der Kapitalabfluß in Verbindung mit dem Leistungsbilanzdefizit die Devisennachfrage erhöhte, würde zudem die Abwertungstendenz in diesen Ländern verstärkt werden. Zwar könnte eine Abwertung einerseits die Wechselkurserwartungen in einer Weise verändern, die den Kapitalabfluß stoppte, sowie andererseits den Export begünstigen und damit den Abbau des Leistungsbilanzdefizits ermöglichen. Jedoch wirkte die Währungsabwertung auch inflationsverstärkend.

Die Volkswirtschaften mit relativ geringer Inflationsrate sind deshalb zu einem geldpolitischen Vorgehen gezwungen, das sich nicht allein an den Erfordernissen der Binnenkonjunktur orientieren kann. Am besten ist diesen Erfordernissen noch dadurch Rechnung zu tragen, daß die Geldpolitik vorübergehend Zinssteigerungen zuläßt, um dem Geldabfluß entgegenzuwirken, in der Erwartung, daß sich die Lage an den Devisenmärkten wieder beruhigt. Da somit die monetäre Politik in ihrem Aktionsspielraum stark eingeengt ist, müßte gegenwärtig das Schwergewicht expansionsstützender Maßnahmen bei der Finanzpolitik liegen.

Die Zahlungsbilanzen der einzelnen Wirtschaftsräume
in Mrd. US-\$ zu jeweiligen Wechselkursen

	1974	1975	1976	1977	1978	1979 ¹⁾	1980 ²⁾	1974	1975	1976	1977	1978	1979 ¹⁾	1980 ²⁾
	Westeuropäische Industrieländer ³⁾							darunter: EG						
Leistungsbilanz	-13,4	- 0,4	-10,7	- 5,7	+16,1	-15,0	-26,0	-11,3	+ 1,1	- 7,2	+ 1,4	+16,1	- 11,5	- 22,0
Handelsbilanz	-10,7	+ 5,6	- 8,8	- 1,2	+19,5	- 4,0	-12,0	- 5,4	+ 9,1	- 3,6	+ 6,3	+20,3	- 0,5	- 8,5
Dienstleistungsbilanz	+ 9,3	+ 8,1	+12,2	+11,3	+16,4	+13,5	+15,0	+ 4,7	+ 4,4	+ 8,9	+ 8,9	+13,1	+10,5	+12,5
Übertragungsbilanz	-12,0	-14,1	-14,1	-15,8	-19,8	-24,5	-29,0	-10,6	-12,4	-12,5	-13,8	-17,3	-21,5	-26,0
Kapitalbilanz ⁵⁾	+14,9	+ 4,0	+14,1	+37,3	+13,5	+35,1	.	+12,3	- 1,5	+ 8,8	+28,3	+ 2,6	+33,5	.
Langfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	+ 1,6	- 7,7	- 6,2	+ 1,9	-11,2	.	.	+ 1,5	- 7,8	- 2,2	+ 3,1	- 5,2	.	.
Kurzfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	+13,3	+11,7	+20,3	+35,4	+24,7	.	.	+10,8	+ 6,3	+11,0	+25,2	+ 7,8	.	.
Devisenbilanz ⁷⁾	- 1,5	- 3,6	- 3,4	-31,6	-29,6	-20,0	.	- 1,0	+ 0,4	- 1,6	-29,7	-18,7	- 22,0	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	- 0,3	+ 1,0	+ 0,2	- 1,2	- 1,7	.	.	- 0,3	+ 0,8	+ 0,1	- 0,9	- 1,4	.	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	- 1,0	- 3,7	- 2,0	-30,5	-26,6	.	.	- 0,5	+ 0,4	- 0,8	-29,1	-15,9	.	.
Position beim Weltwährungsfonds ⁸⁾	- 0,2	- 0,9	- 1,6	+ 0,1	- 1,3	.	.	- 0,2	- 0,8	- 0,9	+ 0,3	- 1,4	.	.
	Außereuropäische Industrieländer							darunter: Vereinigte Staaten von Amerika						
Leistungsbilanz	- 4,1	+12,9	+ 4,5	- 7,4	- 0,4	-17,0	-17,5	+ 2,1	+18,3	+ 4,6	-14,1	-13,4	- 2,0	+ 2,0
Handelsbilanz	- 2,1	+13,6	+ 2,2	-10,8	- 5,1	-25,5	-25,0	- 5,3	+ 9,0	- 9,3	-30,9	-33,8	-29,0	-26,0
Dienstleistungsbilanz	+ 4,9	+ 3,9	+ 7,1	+ 8,1	+10,4	+15,0	+15,0	+14,6	+13,9	+18,9	+21,5	+25,5	+32,5	+34,0
Übertragungsbilanz	- 6,9	- 4,6	- 4,8	- 4,7	- 5,7	- 6,5	- 7,5	- 7,2	- 4,6	- 5,0	- 4,7	- 5,1	- 5,5	- 6,0
Kapitalbilanz ⁵⁾	- 3,1	-19,5	-10,8	-21,5	-20,2	+ 3,5	.	-10,6	-23,7	-15,3	-20,3	-17,4	+ 2,0	.
Langfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	-10,4	-17,3	-12,5	-16,5	-34,1	.	.	- 7,9	-21,1	-19,7	-17,0	-21,2	.	.
Kurzfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	+ 7,3	- 2,2	+ 1,7	- 5,0	+13,9	.	.	- 2,7	- 2,6	+ 4,4	- 3,3	+ 3,8	.	.
Devisenbilanz ⁷⁾	+ 7,2	+ 6,6	+ 6,3	+28,9	+20,6	+13,5	.	+ 8,5	+ 5,4	+10,7	+34,4	+30,8	-	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	- 0,2	+ 0,6	+ 0,1	- 0,7	- 1,1	.	.	- 0,2	+ 0,6	+ 0,1	- 0,6	- 0,8	.	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	- 1,0	+ 1,2	- 3,8	- 4,8	-13,3	.	.	-	- 0,1	- 0,2	+ 0,3	- 4,4	.	.
Position beim Weltwährungsfonds ⁸⁾	- 1,8	- 0,5	- 3,1	- 1,0	+ 4,0	.	.	- 1,5	- 0,4	- 2,3	- 0,7	+ 5,0	.	.
Dollarverpflichtungen gegenüber Währungsbehörden	+10,2	+ 5,3	+13,1	+35,4	+31,0	.	.	+10,2	+ 5,3	+13,1	+35,4	+31,0	.	.
	Übrige Welt ⁴⁾							darunter: Erdölländer						
Leistungsbilanz	+17,5	-12,5	+ 6,2	+13,1	-15,7	+32,0	+43,5	+65,5	+31,0	+35,9	+29,2	+ 1,8	+65,0	+100,0
Handelsbilanz	+12,8	-19,2	+ 6,6	+12,0	-14,4	+29,5	+37,0	+80,4	+52,1	+62,2	+61,3	+37,1	+105,0	+150,0
Dienstleistungsbilanz	-14,2	-12,0	-19,3	-19,4	-26,8	-28,5	-30,0	-12,4	-15,5	-20,4	-24,9	-27,1	-30,0	-35,0
Übertragungsbilanz	+18,9	+18,7	+18,9	+20,5	+25,5	+31,0	+36,5	- 2,5	- 5,6	- 5,9	- 7,2	- 8,2	-10,0	-15,0
Kapitalbilanz ⁵⁾	+10,1	+15,8	+ 9,0	+ 6,1	+20,4	- 3,5	.	-33,1	-21,5	-27,3	-19,1	-17,3	-53,0	.
Langfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	+ 8,8	+25,0	+18,7	+14,1	+44,8	.	.	-11,2	-12,3	-16,4	-10,1	- 5,7	.	.
Kurzfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	+ 1,3	- 9,2	- 9,7	- 8,0	-24,4	.	.	-21,9	- 9,2	-10,9	- 9,0	-11,6	.	.
Devisenbilanz ⁷⁾	-27,6	- 3,3	-15,2	-19,2	- 4,7	-28,5	.	-32,4	- 9,5	- 8,6	-10,1	+15,5	-12,0	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	+ 0,5	- 1,6	- 0,3	+ 1,9	+ 2,8	.	.	-	-	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	.	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	-30,1	- 3,2	-19,6	-22,0	- 4,8	.	.	-30,4	- 6,8	- 7,3	- 9,9	+15,1	.	.
Position b. Weltwährungsfonds ⁸⁾⁹⁾	+ 2,0	+ 1,5	+ 4,7	+ 0,9	- 2,7	.	.	- 2,0	- 2,7	- 1,2	- 0,3	+ 0,6	.	.

1) Z.T. geschätzt.- 2) Geschätzt.- 3) EG, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz.- 4) Als Restsaldo errechnet, die allerdings auch aufgrund von Unterschieden in der Erfassung einzelner Zahlungsbilanzposten entstehen; Kapital- und Devisenbilanz weichen von den Restsaldo um den Betrag ab, um den sich die nicht gesondert ausgewiesenen Devisenverpflichtungen von Hartwährungsländern änderten.- 5) Nettokapitalexport (-), -import (+).- 6) Einschl. statistischer Diskrepanz.- 7) Bestandszunahme (-), -abnahme (+).- 8) Einschl. Sonderziehungsrechte.- 9) Einschl. Verpflichtungen des Weltwährungsfonds.

Quellen: International Financial Statistics; Nationalstatistiken.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

LAENDER	1) GEWICHTE IN VH		VERAENDERUNGEN GEGENUEBER DEM VORJAHR IN VH								
	BSP	AUSFUHR DER BRD	1978			2) 1979			2) 1980		
			REAL	NOMINAL	PREISE	REAL	NOMINAL	PREISE	REAL	NOMINAL	PREISE
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	11,2	-	3,5	7,5	3,9	4,5	8,5	3,5	2	6,5	4,5
FRANKREICH	8,3	18,1	3,3	13,5	9,9	3	14	10,5	2	13	11
GROSSBRITANNIEN	5,4	7,9	3,3	13,9	10,3	0,5	14,5	14	-2	13,5	16
ITALIEN	4,7	10,1	2,6	16,2	13,3	4	20	15,5	1,5	20	18
NIEDERLANDE	2,3	14,8	2,4	7,8	5,3	3	7,5	4,5	2	8	6
BELGIEN	1,7	11,5	2,5	7,2	4,6	3	8	5	2,5	8,5	6
DAENEMARK	1,0	3,2	1,0	10,7	9,6	2,5	11	8,5	0,5	10	9,5
IRLAND	0,2	0,4	6,0	16,5	10,0	3,5	15,5	11,5	2,5	15,5	12,5
EG	34,8	-	3,1	11,2	7,9	3	12,5	8,5	1,5	11,5	10
SCHWEDEN	1,7	4,7	2,7	12,4	9,4	4	14	9,5	3	13,5	10
SCHWEIZ	1,4	6,8	0,2	3,4	3,2	0,5	3	2,5	1,5	5,5	4
OESTERREICH	1,0	7,8	1,5	6,4	4,8	5	9	4	2,5	6,5	4
NORWEGEN	0,8	2,1	3,5	10,1	6,4	3	9,5	6,5	4	13	8,5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER	39,7	-	3,0	10,9	7,7	3	12	8,5	1,5	11	9,5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER O.BRD	28,5	-	2,8	12,2	9,2	2,5	13,5	10,5	1	13	11,5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER O.BRD 4)	-	87,4	2,5	10,4	7,8	3	11,5	8	1,5	11	9,5
USA	41,0	9,8	4,4	12,0	7,3	2,5	11,5	9	-1,5	8,5	10
KANADA	4,3	1,2	3,4	10,0	6,4	2,5	11	8,5	1,5	10,5	9
JAPAN	15,0	1,6	6,0	10,1	3,9	6	9,5	3,5	4,5	11,5	6,5
AUSSEREUROP. INDUSTRIELAENDER	60,3	-	4,7	11,4	6,4	3,5	11	7,5	0	9,5	9
AUSSEREUROP. 4) INDUSTRIELAENDER	-	12,6	4,5	11,6	6,8	3	11	8,5	-0,5	9	9,5
INSGESAMT	100,0	-	4,0	11,2	6,9	3,5	11,5	8	0,5	10	9,5
INSGESAMT OHNE BRD 4)	88,8	-	4,1	11,6	7,3	3	11,5	8,5	0,5	10,5	10
INSGESAMT OHNE BRD	-	100,0	2,7	10,6	7,6	3	11,5	8	1,5	11	9,5

1) AUF DOLLARBASIS.- 2) GESCHAETZT. FUER DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND SCHAETZUNGEN DER GRUNDLINIEN DER WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG 1980.- 3) DEFLATIONIERUNGSFAKTOR.- 4) GEWICHTET NACH DEN ANTEILEN DER LAENDER AN DER DEUTSCHEN WARENAUSFUHR.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAETZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW.

Das gilt auch, wenn auch aus anderen Gründen, für die stärker inflationierenden Volkswirtschaften, insbesondere für die USA. Dieses Land sieht sich allerdings gegenwärtig vor das Problem gestellt, daß Nachfrage- und Angebotsentwicklung im krassen Mißverhältnis zueinander stehen. Während die Nachfrage trotz der allgemeinen Rezessionserwartung bis zuletzt noch beachtlich expandiert hat, sind die Unternehmen durch die Rezessionsprognosen verunsichert worden und haben ihre Kapazitäten nur noch geringfügig erweitert, nachdem sie diese auch in den Jahren davor trotz Wirtschaftswachstums nur vorsichtig ausgedehnt hatten. Die Unternehmen konnten deshalb mit dem Angebot nur teilweise nachkommen, indem sie zusätzliche Arbeitskräfte einstellten und zeitweilig sinkende Produktivität in Kauf nahmen. Obwohl sich die Lohnsätze nicht beschleunigt erhöhten, verstärkte sich daraufhin der

Anstieg der Lohnstückkosten und der Preise erheblich.

In dieser Situation, in der die Inflationsbekämpfung Vorrang hat, versucht zwar die amerikanische Regierung die Nachfrage mit den Mitteln der Geld- und Finanzpolitik zu dämpfen. Diese Restriktionspolitik wird jedoch bis zu einem gewissen Grade durch die Erhöhung der Verteidigungsausgaben konterkariert, die die Verschlechterung der weltpolitischen Großwetterlage zur Folge hat. Es ist deshalb sehr ungewiß, ob es überhaupt noch zu der lange erwarteten Rezession kommt. Für eine erfolgreiche Inflationsbekämpfung wäre sie jedenfalls nicht — wie vielfach behauptet — unabdingbar. Angesichts der unbefriedigenden Produktivitätsentwicklung verlangt eine Anti-Inflationspolitik vor allem eine Angebotsstärkung. Diese setzt aber die Anregung der Investitionen voraus, die ohne eine Ver-

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern

Reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

LÄNDER	PRIVATER VERBRAUCH			ÖFFENTLICHER VERBRAUCH			BRUTTOANLAGE-INVESTITIONEN			EXPORTE VON GÜTERN UND DIENSTEN			IMPORTE VON GÜTERN UND DIENSTEN		
	1978	1979	1980	1978	1979	1980	1978	1979	1980	1978	1979	1980	1978	1979	1980
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	3,4	3	2	3,6	3	2,5	6,3	8,5	4,5	4,4	5,5	3	5,9	10	3,5
FRANKREICH	4,0	3	2	3,7	4	3,5	0,7	2,5	1	7,1	7,5	3,5	5,5	8,5	2,5
GROSSBRITANNIEN	5,4	4	0	1,5	0,5	-1,5	1,5	-3	-5,5	2,4	1,5	3	3,0	12	0,5
ITALIEN	2,9	5	1,5	3,5	2,5	2	-0,4	3,5	2	10,8	6,5	3,5	8,1	12	3
NIEDERLANDE	3,7	2,5	2	2,4	3,5	1,5	3,1	-3,5	2	3,5	7	3,5	6,5	4,5	2,5
BELGIEN	2,4	3	2,5	6,4	3	2	1,9	3,5	3,5	3,9	6	4	4,0	6,5	4,5
DÄNEMARK	-0,8	0,5	-1	3,8	6	3,5	0,2	0	-2,5	3,8	4,5	3	1,6	3,5	-1,5
IRLAND	7,0	3,5	2,5	5,0	2,5	2,5	10,5	8	2,5	11,5	5	4	13,0	7	4
2) EG	3,7	3,5	1,5	3,3	3	2	2,7	3,5	1,5	5,1	5,5	3,5	5,4	9	2,5
2) EG OHNE BRD	3,8	3,5	1,5	3,2	3	1,5	1,0	1	0	5,5	5,5	3,5	5,3	8,5	2
SCHWEDEN	-0,7	2,5	1,5	3,5	4	2,5	-5,7	7	5	8,3	8	3	-6,2	9,5	5,5
SCHWEIZ	2,2	1,5	1,5	1,6	1	1	4,4	7	4,5	4,1	2	2	11,2	6	3,5
ÖSTERREICH	-3,4	5,5	2	3,0	3	2	-3,1	5	3	5,7	10	3	-2,4	9,5	4,5
NORWEGEN	-2,5	1,5	2	3,7	3	4,5	-13,8	-5	2	8,8	4	5,5	-12,5	2,5	2,5
EUROPAEISCHE 2) INDUSTRIELÄNDER	3,1	3,5	1,5	3,3	3	2	1,7	3,5	2	5,3	5,5	3,5	4,3	8,5	3
2) EUROP.INDUSTRIELÄNDER O.BRD	3,0	3,5	1,5	3,1	3	1,5	-0,1	1,5	0,5	5,7	5,5	3,5	3,8	8,5	2,5
USA	4,5	2	-1	0,8	0	0,5	7,5	1,5	-6	10,7	14	3,5	11,0	4	-1
KANADA	3,0	3	3	1,2	0	0	-0,1	4	3,5	9,3	3	2	4,1	7	3
JAPAN	5,5	6	3,5	5,9	5	3,5	10,0	10,5	4,5	1,9	0	3	8,2	10	4
AUSSEREUROP. 2) INDUSTRIELÄNDER	4,6	3	0,5	1,6	0,5	1	7,8	5	-1,5	7,9	8	3	9,1	6	1
2) INSGESAMT	4,1	3	1	2,3	1,5	1,5	5,3	4,5	0	6,3	6,5	3	6,1	7,5	2
2) INSGESAMT OHNE BRD	4,1	3	0,5	2,1	1,5	1	5,2	4	-0,5	6,7	6,5	3,5	6,2	7,5	2

1) GESCHÄTZT. FUER DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND SCHÄTZUNGEN DER GRUNDLINIEN DER WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG 1980.- 2) GEWICHTE 1977 AUF DOLLARBASIS.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHÄTZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW.

besserung der Absatzerwartungen nicht zu erreichen ist.

Auch in Westeuropa haben sich die wirtschaftspolitischen Zielkonflikte in den letzten Monaten verschärft. Im Gegensatz zu den USA ist hier für 1980 mit Ausnahme Großbritanniens zwar noch nicht mit einer Rezession zu rechnen. Jedoch hat sich in den meisten westeuropäischen Industrieländern der Preisanstieg beträchtlich verstärkt. Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums und die Beschleunigung der Inflation haben mehrere unerwünschte Folgen. So wird sich die Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt, die 1979 in einigen Ländern zu beobachten war, 1980 kaum fortsetzen. Im Gegenteil, in mehreren Ländern ist mit deutlich steigenden Arbeitslosenzahlen zu rechnen. Zudem werden sich die außenwirtschaftlichen Probleme wieder verschärfen.

Die außenwirtschaftliche Lage wird dabei durch eine außergewöhnliche Entwicklung geprägt. Während die Leistungsbilanz in Italien, wo die Inflationsrate zuletzt über 20 vH lag, immer noch positiv ist,

hat in der Bundesrepublik Deutschland, einem Land mit relativ geringer Preissteigerungsrate, das Defizit außerordentlich stark zugenommen. Diese ungewöhnliche Saldenkonstellation wird sicherlich nicht von Dauer sein. Einerseits wird die Wettbewerbsfähigkeit der Länder mit hohen Inflationsraten bei relativ starren Wechselkursen nachlassen. Andererseits wird sich in Ländern mit verlangsamtem Wirtschaftswachstum der Importsog abschwächen. Zunächst stabilisiert jedoch die ungewöhnliche Saldenkonstellation das Europäische Währungssystem, das zuvor vor allem wegen der anhaltenden Tendenz zur DM-Aufwertung unter Druck stand.

Für die Wirtschaftspolitik der westeuropäischen Volkswirtschaften ist indes nicht allein entscheidend, wie unterschiedlich sich die einzelnen Leistungsbilanzen entwickeln und wie weit hierdurch Wechselkursanpassungen erzwungen oder vermieden werden können. Von ebenso großer Bedeutung ist die Tatsache, daß sich das Leistungsbilanzdefizit Westeuropas insgesamt 1980 deutlich vergrößern wird. Dies gilt insbesondere für das Defizit gegenüber den

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

LÄNDER	BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTÄTIGKEIT UND VERMOEGEN						1) STUECKGEWINN			2) LOHNSTUECKKOSTEN			2) LOHNSTUECKKOSTEN		
	IN LANDESWÄHRUNG												IN SZR		
	1978	3) 1979	3) 1980	1978	3) 1979	3) 1980	1978	3) 1979	3) 1980	1978	3) 1979	3) 1980	1978	3) 1979	3) 1980
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	10,5	9,5	4	6,3	7	7	7,1	5	2	3,0	2,5	5	11,0	9	.
FRANKREICH	14,2	16,5	13	12,7	13	13	10,6	13	11	9,1	9,5	11	10,8	12,5	.
GROSSBRITANNIEN	10,2	10,5	7,5	13,6	15,5	15	6,7	10	9,5	10,0	15	17,5	12,8	23	.
ITALIEN	20,2	21	21	15,4	19,5	19,5	17,2	16,5	19	12,5	15	17,5	9,0	13,5	.
NIEDERLANDE	5,5	9	8	7,7	7	8	3,0	6	6	5,2	4	6	11,3	8,5	.
BELGIEN	6,5	10,5	11	7,3	7	7,5	3,9	7,5	8,5	4,7	4	5	11,4	8	.
DAENEMARK	9,8	8,5	9	9,5	10,5	9	8,7	6	8,5	8,4	8	8,5	10,0	9,5	.
IRLAND	12,0	16,5	15,5	15,0	13,5	14	6,0	12,5	12,5	9,0	9,5	11	11,8	13	.
4) EG	12,3	13	10	10,5	11,5	11,5	8,1	9	8	7,0	8	10	11,1	12,5	.
SCHWEDEN	48,4	13,5	13	11,0	13,5	13	44,5	9	9,5	7,1	9	9,5	-0,9	11,5	.
SCHWEIZ	0,4	3	6,5	4,7	3	5	-1,6	2,5	5	4,5	2,5	3,5	31,0	7	.
OESTERREICH	2,3	10,5	6,5	8,2	8,5	6,5	0,8	5	4	6,6	3,5	4	13,1	9	.
NORWEGEN	11,0	9	14,5	9,2	9	12	7,9	6	10	6,1	6	7,5	0,5	6,5	.
EUROPAEISCHE 4) INDUSTRIELÄNDER	12,0	12,5	10	10,2	11,5	11,5	8,8	8,5	8	6,9	7,5	9,5	11,4	12	.
USA	13,8	9,5	8,5	12,8	11,5	8,5	7,0	7,5	10	8,6	9,5	10	1,3	6	.
KANADA	15,4	12,5	10,5	9,1	10,5	10,5	11,6	10	9	5,5	8	9	-8,3	2	.
JAPAN	14,1	10	12	7,4	8,5	10,5	7,6	4	7	1,3	2,5	5,5	20,5	-5	.
AUSSEREUROP. 4) INDUSTRIELÄNDER	14,0	10	9,5	11,3	10,5	9	7,6	7	9,5	7,1	8	9	3,4	3,5	.
INSGESAMT	13,2	11	10	10,9	11	10	8,3	8	8,5	6,9	8	9,5	7,6	8	.

1)BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTÄTIGKEIT UND VERMOEGEN JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS.-
2)BRUTTOEINKOMMEN AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS.- 3)GESCHÄTZT. FUER
DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND SCHÄTZUNGEN DER GRUNDLINIEN DER WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG 1980.- 4)GEWICHTET
MIT 1977ER ANTEILEN. FUER 1) UND 2) GEWICHTET NACH WELTEXPORTANTEILEN, WIE SIE - MIT AUSNAHME DER USA - DER
BERECHNUNG DER SZR ZUGRUNDELIEGEN.

QUELLEN:SAEG,VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN; NATIONALSTATISTIKEN UND SCHÄTZUNGEN DES DIW.

OPEC-Ländern. Zwei Faktoren wirken hier zusammen: einmal die kräftigen Ölpreissteigerungen des vergangenen Jahres, die sich erst 1980 voll auswirken werden, zum anderen die zunächst begrenzte Aufnahmefähigkeit der OPEC-Länder für die Erzeugnisse der Industrieländer. Dies bedeutet, daß die westeuropäischen Länder die durch die Ölpreiserhöhung bedingte Leistungsbilanzverschlechterung kurzfristig nicht durch verstärktes Exportwachstum wettmachen können.

Es kommt deshalb darauf an, die weitgehend exogen bedingten Entzugseffekte, die sich daraus für die einzelnen Volkswirtschaften ergeben, soweit wie möglich binnenwirtschaftlich auszugleichen. Dies zeichnet sich jedoch gegenwärtig nicht ab. Obwohl zum Ausgleich der verstärkten Gläubigerposition der OPEC-Staaten eine erhöhte Verschuldungsneigung in den ölimportierenden Ländern notwendig wäre, nimmt beim gegenwärtig verfolgten wirtschaftspolitischen Kurs nicht nur die Verschuldungsbereitschaft der privaten Wirtschaft, sondern auch die des Staates ab. Damit stellt sich die Frage, ob die Restrik-

tionspolitik in den großen, aber auch in den meisten kleineren Ländern Westeuropas den binnenwirtschaftlichen Erfordernissen entspricht.

In Großbritannien haben sich die konjunkturellen Aussichten schon seit einiger Zeit verschlechtert. Dennoch wurden die kräftigen staatlichen Ausgabekürzungen, die nach dem Antritt der konservativen Regierung vorgenommen wurden, im Spätherbst durch eine scharfe monetäre Restriktionspolitik ergänzt. Der Diskontsatz wurde auf das sehr hohe Niveau von 17 vH gehoben. Mit dieser „Radikalkur“ sollen die inflationären Tendenzen gebrochen und die Basis für eine wirtschaftliche Gesundung geschaffen werden. Die Regierung erhofft sich von dieser Politik auch einen Einfluß auf das Verhalten der Gewerkschaften. Als ein besonders wichtiges Argument wird die Begrenzung der Lohnforderungen angesehen.

Auch die Wirtschaftspolitik in Frankreich ist auf einen restriktiveren Kurs eingeschwenkt. Allerdings ist die Bremspolitik wesentlich vorsichtiger.

Zwar wurde der monetäre Restriktionskurs verschärft und das Zinsniveau hat sich deutlich erhöht. Von der öffentlichen Ausgabenentwicklung gehen aber kaum restriktive Effekte aus; punktuell wurden sogar Stützungsmaßnahmen ergriffen — z. B. im Bausektor.

In Italien versucht man ebenfalls, die inflationäre Entwicklung durch eine Begrenzung der Geldmengenausweitung und einen Anstieg der Zinsen aufzuhalten. Angesichts der hohen und wieder zunehmenden Arbeitslosigkeit will man allerdings gleichzeitig über eine Ausweitung der Staatsausgaben unter Hinnahme einer steigenden Verschuldung die konjunkturelle Abschwächung mildern.

Wie in diesen drei großen Volkswirtschaften, so schwenkte die Wirtschaftspolitik in fast allen kleinen Ländern Westeuropas in den letzten Monaten auf einen monetären Restriktionskurs ein. Die Regierungen sahen sich zu dieser Politik veranlaßt, weil in vielen Ländern ein beträchtlicher Teil der wirtschaftspolitischen Probleme, insbesondere die Inflationsbeschleunigung, binnenwirtschaftliche Ursachen hat. Der deutliche Rückgang des Produktivitätsanstiegs in Italien und Großbritannien sowie die Aufhebung von Preiskontrollen in Frankreich waren jeweils erheblich an dem verstärkten Preisauftrieb beteiligt. Der jüngste kräftige Preisanstieg in diesen Ländern ist trotz des starken Einflusses der Ölpreiserhöhung zu etwa zwei Dritteln auf binnenwirtschaftliche Komponenten zurückzuführen. In fast allen Ländern haben die Tarifparteien die Tatsache,

daß nach der exorbitanten Verteuerung der Energieimporte ein Realtransfer zugunsten anderer Volkswirtschaften stattfinden muß, nur ungenügend in Rechnung gestellt. Ungerechtfertigte Preissteigerungen und zu hohe Lohnzuwächse sollen durch die überall verfolgte Restriktionspolitik eingedämmt werden.

Es ist jedoch fraglich, ob diese Politik in der gegenwärtigen Lage eine ausreichende Therapie für eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme Westeuropas darstellt. Die Restriktionspolitik trifft die Nachfrage und erschwert eine Überwälzung der gestiegenen Kosten über die Preise. Es mangelt aber an einer Stimulierung des Angebots. Die wichtigste Ursache der Inflationsbeschleunigung und Leistungsbilanzverschlechterung wird nicht ausreichend bekämpft: die Abhängigkeit der Industrieländer vom Öl. Dagegen hätten Maßnahmen zur Energiesubstitution sowie -einsparung, die deutlich über das bisher noch recht bescheidene Maß hinausgehen müßten, einen produktionsstimulierenden Effekt. Anders als globale Restriktionsmaßnahmen, die über eine — zunehmende Arbeitslosigkeit verursachende — Wachstumsdämpfung den Ölverbrauch verringern, damit den Preisanstieg bremsen und die Leistungsbilanz verbessern, würden solche Maßnahmen die gleichen Effekte haben, ohne das Wachstum stark zu beeinträchtigen. Sie würden zugleich eine Umstrukturierung der Wirtschaft zugunsten zukunftsträchtiger Bereiche bewirken.

Bundesrepublik Deutschland: Leistungsbilanzdefizit bestimmt restriktive Geldpolitik

Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland steht seit Herbst letzten Jahres im Zeichen einer allmählichen Abschwächung. Das reale Bruttosozialprodukt ist zwar im Jahresendquartal nochmals merklich gestiegen und hat das Niveau der entsprechenden Vorjahreszeit um 4,5 vH übertroffen. Die konjunkturelle Zunahme gegenüber dem dritten Vierteljahr beruht jedoch fast ganz auf dem Anstieg der gewerblichen Produktion bis Oktober. Danach hat sich die Produktion bei einer Betrachtung von Monat zu Monat kaum noch erhöht. Im Bauhauptgewerbe ist sie im Januar saisonbereinigt ebenfalls nicht höher gewesen als im Herbst. Ausschlaggebend hierfür war — wie auch für die Stagnation der industriellen Produktion — die seit dem Sommer zu verzeichnende konjunkturelle Abschwächung der Nachfrage.

Zwar ist saisonbereinigt das Niveau des Auftragseingangs beim verarbeitenden Gewerbe in nominaler Rechnung im Januar gegenüber Dezem-

ber deutlich gestiegen. Mit dieser „Erholung“ wurde aber im wesentlichen nur der Rückgang in den Vormonaten ausgeglichen. Berücksichtigt man überdies die Preiskomponente des Auftragseingangs, so zeigt sich gegenüber Herbst ein Rückgang.

Bemerkenswert ist, daß die Entwicklung der Aufträge aus dem Ausland günstiger war als die aus dem Inland. Der Unterschied resultiert zum größten Teil aus den Auftragsvergaben an das Investitionsgüter produzierende Gewerbe. Hier wiesen die ausländischen Auftragseingänge — über mehrere Monate betrachtet — noch eine deutliche Anstiegtendenz auf, die aus dem Inland gingen dagegen fast ebenso deutlich zurück. Branchendetails waren für diese Analyse noch nicht verfügbar; allerdings spricht vieles dafür, daß die unbefriedigende Auftragsentwicklung beim Investitionsgüter produzierenden Gewerbe insgesamt wie auch die Differenzierung zwischen Inland und Ausland vor allem auf dem Straßenfahrzeugbau beruhen: Die Inlands-

bestellungen sind in den letzten Monaten erheblich gesunken. Berichte aus den Zweigen der Investitionsgüterhersteller im engeren Sinne, insbesondere aus dem Maschinenbau, deuten dagegen auf eine anhaltend günstige Entwicklung auch der Inlandsnachfrage hin.

Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe konnte Aufträge in steigendem Umfange verbuchen. Mit Einschränkung trifft dies auch für das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe zu, obwohl hier das Abebben des Lageraufbaus, der die Produktion im Vorjahr stimuliert hatte, klar erkennbar ist.

Die eindeutige, wenn auch keineswegs dramatische, konjunkturelle Abschwächung hat noch nicht auf den Arbeitsmarkt übergreifen. Bis Februar ist die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt gesunken, die der offenen Stellen gestiegen. Dies läßt auf eine Fortsetzung der Beschäftigtenzunahme schließen; allerdings liegen dafür gegenwartsnahe statistische Informationen noch nicht vor. Offenbar konnte die aus dem Altersaufbau der Bevölkerung resultierende zunehmende Zahl der Erwerbspersonen bisher noch immer reibungslos eingegliedert werden. Von der Mehrbeschäftigung dürften vor allem jüngere Arbeitskräfte, speziell Auszubildende, profitieren.

Für die konjunkturelle Entwicklung der Bundesrepublik wird der Auslandseinfluß — in zwiespältiger Weise — immer fühlbarer. Haben die ausländischen Aufträge an deutsche Firmen in den letzten Monaten sogar konjunkturstabilisierend gewirkt, so waren die Preiseinflüsse — und dies seit dem Ausbruch der Iran-Krise vor etwa einem Jahr mit zunehmender Bedeutung — destabilisierend. Dies kommt zum Ausdruck in einer beschleunigten Steigerung der Importpreise — besonders ausgeprägt bei Erdöl und Rohstoffen — und im Verbund damit in einer raschen Verschlechterung der Leistungsbilanz der Bundesrepublik. Der traditionelle Handelsbilanzüberschuß der Bundesrepublik ist so stark gesunken, daß die gewohnten Defizite in der Dienstleistungs- und der Übertragungsbilanz nicht mehr ausgeglichen werden konnten. Inzwischen neigt sogar der Handelsbilanzsaldo dazu, ins Defizit zu geraten. Dabei zeichnet sich nach einem Leistungsbilanzdefizit von 9 Mrd. DM im vergangenen Jahr für 1980 ein Minus von mehr als 20 Mrd. DM ab.

Die für diesen Umschwung der Leistungsbilanz entscheidende Verteuerung der Wareneinfuhr, die bei weitem nicht durch Preisanhebungen bei den Exportgütern kompensiert werden konnte, beeinflußt die Preisentwicklung in der Bundesrepublik auf den einzelnen Produktions- und Handelsstufen unterschiedlich stark. Es zeigt sich ein steiles Gefälle der Preissteigerungsraten von den Einfuhrpreisen (Dezember 1979 im Vergleich zu Dezember 1978: + 22 vH) über die Großhandelspreise (+ 10 vH),

die industriellen Erzeugerpreise (+ 7 vH; darunter Grundstoff- und Produktionsgüter (+ 16 vH) hin zu den Verbraucherpreisen (+ 5,5 vH). Insgesamt hat die Verteuerung der Einfuhrgüter auf allen Stufen zu einer Beschleunigung der Preissteigerungen geführt. Es ist jedoch nicht gerechtfertigt, die Unterschiede in den Raten als Ausdruck der noch zu erwartenden Beschleunigung bei den Preisen der Lebenshaltung zu interpretieren, wie das häufig geschieht. Die Preissteigerungsdifferenzen sind nämlich nur zum geringen Teil Spiegelbild noch nicht bewältigter Überwälzungen, sondern weitgehend durch das unterschiedlich hohe Gewicht importierter Güter an den Umsätzen (Warenkörben) der einzelnen Handels- und Produktionsstufen begründet. Kommt es also zu keinen neuen Preisschüben aus dem Ausland, so braucht von dieser Seite her keine weitere gravierende Beschleunigung des Anstiegs der Verbraucherpreise befürchtet zu werden.

Die bei der Entwicklung des wichtigsten inländischen Kostenfaktors, des Lohnniveaus, aus dem Verlauf der diesjährigen Lohnrunde immer deutlicher hervortretende Tendenz zu Abschlüssen von etwa 7 vH steht weitgehend im Einklang mit den aus der Ausgangslage abzuleitenden Preisstabilitäts- und Realeinkommenserfordernissen. Sie ermöglicht — für sich gesehen — zunächst eine Begrenzung des Anstiegs der Verbraucherpreise auf das zuletzt gemessene Tempo, vor allem aber auch die Beibehaltung eines deutlichen Abstands zu den Preissteigerungsraten der meisten anderen westlichen Industrieländer. Dies wird für die Entwicklung des Wechselkurses der D-Mark und der Kapitalbilanz der Bundesrepublik in der nächsten Zeit von großer Bedeutung sein.

Die wirtschaftspolitischen Instanzen in der Bundesrepublik stehen vor der schwierigen Aufgabe, die Preissteigerungen zu vermindern und die Zunahme des Leistungsbilanzdefizits zu begrenzen, ohne das noch günstige Konjunkturklima nennenswert zu beeinträchtigen.

Die in den vergangenen Jahren auf den Devisenmärkten vorherrschende Nachfrage nach der — neben Schweizer Franken und dem Gold — international beliebten Anlagewährung D-Mark wurde aufgrund der Entwicklung der Leistungsbilanz von der Nachfrage nach dem internationalen Zahlungsmittel Dollar abgelöst. Die Hochzinspolitik der USA, die enorme Zinsdifferenzen auch gegenüber der Bundesrepublik schuf, macht den Dollar zudem wieder zu einer attraktiven internationalen Anlagewährung. Zinsinduzierte Kapitalabflüsse aus der Bundesrepublik üben seither einen zusätzlichen Abwertungsdruck auf die D-Mark aus. Damit werden ausländische Preissteigerungen nicht mehr durch Wechselkursbewegungen gedämpft, sondern sogar verstärkt ins Inland übertragen.

Die Bundesbank begegnet der Verschlechterung der Zahlungsbilanz mit dem Heraufsetzen ihrer Leitzinsen, um die Differenz zum ausländischen Zinsniveau zu vermindern. Auch durch Dollarverkäufe stützt sie den D-Mark-Kurs. Weil dadurch die heimische Geldmengenexpansion verlangsamt wird, unter Umständen sogar stärker, als konjunkturell vertretbar, lockert sie von Zeit zu Zeit die liquiditätspolitischen Zügel, wie zuletzt durch die Erhöhung der Rediskontkontingente und die Aufhebung der Lombardbeschränkung. Diese Maßnahmenkombination birgt jedoch Risiken: Wechselkursstabilisierung und Hochzinspolitik ergänzen sich und dienen simultan den wirtschaftlichen Zielen „Preisniveaustabilisierung“ und „Zahlungsbilanzgleichgewicht“. Sie schützen vor einem internationalen Vertrauensschwund in den Wert der D-Mark und wirken dem Inflationsimport entgegen. Ein Zielkonflikt ergibt sich jedoch zumindest auf kürzere Sicht zum Wachstums- und Beschäftigungsziel. Erschwerende Finanzierungsbedingungen engen nämlich nicht nur den Preisüberwälzungsspielraum ein, sondern beschränken auch die Produktionsmöglichkeiten und drängen Grenzbetriebe aus dem Markt. Diese Gefahr ist in den nächsten Monaten besonders groß, weil die Verteuerung der Kreditmittel zeitlich zusammenfällt mit weiterhin hohen Preisen für die importierten Vorleistungen und einem bei quasi stagnierender Produktion beschleunigten Anstieg der Lohnstückkosten (1980: 5 vH; 1979: 2,6 vH). Der Druck einer restriktiven Geldpolitik auf die konjunkturelle Entwicklung der Gesamtwirtschaft wird in einer solchen Phase besonders stark fühlbar.

Die Bundesbank befindet sich damit zweifellos in einem Dilemma: Während die Binnenkonjunktur eine Lockerung des geldpolitischen Kurses nahelegt, spricht die außenwirtschaftliche Lage für die Fortsetzung der Restriktionspolitik. Eine Lösung könnte sich kürzerfristig nur daraus ergeben, daß die Hochzinspolitik in den USA beendet würde und sich die Wechselkurserwartungen — und damit zugleich der Saldo der Kapitalbilanz — umkehrten. Solange dies nicht der Fall ist, wird die Bundesbank versuchen müssen, einerseits die Zinsdifferenzen zum Ausland gering zu halten und ein weiteres Abgleiten des D-Mark-Kurses zu verhindern und andererseits durch

maßvolle Erweiterung des Refinanzierungsspielraums der Banken Raum zu geben für Wirtschaftswachstum wie auch die unvermeidbare Preissteigerung. Allerdings ist nicht sicher, wie lange eine solche Politik durchgehalten werden kann.

Angesichts der außenwirtschaftlich bestimmten Schwerpunktsetzung der Geldpolitik müßte die Finanzpolitik den Hauptteil der konjunkturstabilisierenden Aufgabe übernehmen. Die Mindestforderung ist, kompensierend auf außenwirtschaftlich bedingte Nachfrageausfälle zu wirken. Der nachweislich hohe Beitrag des Programms für Zukunftsinvestitionen zum Konjunkturaufschwung der letzten beiden Jahre weist den einzuschlagenden Weg. Staatlich initiierte Investitionen etwa im Energie- oder Umweltschutzbereich sowie bei der Wohnungsmodernisierung würden einen Ausgleich schaffen für die zu erwartende Schwäche des Exports, des Wohnungsbaus und des privaten Verbrauchs. Die Finanzierungsweise der im Haushaltsansatz nicht geplanten Auslandshilfen (Türkei, Griechenland) bedeutet aber dann das Gegenteil des finanzpolitisch Erforderlichen, nämlich weiteren Kaufkraftentzug, wenn sie durch Kürzungen bei anderen Haushaltsposten finanziert werden. Völlig ungewiß ist, in welchem Umfang und mit welcher Verzögerung dieses Geld als Nachfrage ins Inland zurückfließen wird. Diese Form der Finanzierung neuer staatlicher Aufgaben wird mit der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung begründet. Man riskiert dabei einen konjunkturellen Einbruch, der über schwindende Steuereinnahmen mit einem Anstieg der Staatsdefizite verbunden sein könnte, der größer ist, als der bei einer kompensatorischen Finanzpolitik zu erwartende.

Scheut man nachfragegestützte Ausgaben heute, so werden später massive konjunkturbelebende Maßnahmen um so zwingender. Allerdings wäre dies dann nur noch die Antwort auf eine schon voll im Gang befindliche Rezession. In einem solchen Konjunkturtief würde dann auch die Durchsetzung technologischer Innovationen und damit die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf mittlere Sicht geschwächt. Exportstärkung bildet aber eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Bundesrepublik kein chronisches Defizitland wird.

Produktionsüberschüsse und Mittelknappheit erzwingen Umdenken in der Europäischen Agrarpolitik

Alle bisherigen Analysen der EG-Agrarwirtschaft zeigen, daß die Marktungleichgewichte und die steigenden Finanzlasten vor allem aus dem System der Gemeinsamen Agrarpolitik resultieren. Bekanntlich ist der Agrarbereich weitgehend aus dem marktwirtschaftlich orientierten System der europäischen Volkswirtschaften ausgeklammert. Die Rechtfertigung für den Agrardirigismus wird aus der Priorität der landwirtschaftlichen Einkommen im gesamten Zielbündel der Europäischen Agrarpolitik abgeleitet. Wichtigstes Instrument dieser Einkommenspolitik ist bislang immer noch der Erzeugerpreis für landwirtschaftliche Produkte, der politisch festgelegt wird.

Aufgrund abnehmender Einkommenselastizität der Nachfrage nach Nahrungsmitteln, einer Verringerung der Wachstumsraten der Bevölkerung und des verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens ist der Anstieg der mengenmäßigen Nachfrage nach Erzeugnissen der Landwirtschaft zurückgegangen. Die Aufrechterhaltung eines hohen Erzeugerpreisniveaus in Verbindung mit technischen Fortschritten hat dazu geführt, daß die Lebensmittelproduktion wesentlich rascher zugenommen hat als die Nachfrage. Der steigende Selbstversorgungsgrad der Gemeinschaft reduziert den Nettoeinfuhrbedarf, bei zahlreichen Erzeugnissen erzwingt das Marktungleichgewicht staatliche Aufkäufe und subventionierte Exporte in Drittländer. Intervention, inferiore Verwendung (z. B. Vernichtung) und Exportsubventionen belasten Gemeinschafts- und Mitgliedshaushalte in zunehmendem Ausmaß.

Dies sind deutliche Indikatoren dafür, daß die Einkommenspolitik über den Erzeugerpreis ihre Grenzen erreicht hat. Aber auch aus anderen Gründen verbietet sich eine unveränderte Fortführung der bisherigen Preis- und Einkommenspolitik. So ist es nicht einmal gelungen, innerhalb des landwirtschaftlichen Sektors die allokatons- und verteilungspolitischen Ansprüche zu erfüllen. Weder wurden Anreize geboten, daß die Produktion in der Gemeinschaft an die jeweils günstigsten Standorte wanderte, noch konnten die erheblichen intrasektoralen und intraregionalen Einkommensgefälle beseitigt oder wenigstens gemildert werden. Dagegen hat die Agrarpolitik dafür gesorgt, daß es infolge des Ausbaus von Überkapazitäten teilweise zu erheblichen Fehlinvestitionen sowohl im Agrarbereich selbst als auch in Teilbereichen der nachgelagerten Ernährungsindustrie (z. B. im Molkereiwesen) gekommen ist.

Es hat im vergangenen Jahrzehnt nicht an Vorschlägen zu einer Reform der Agrarpolitik gefehlt¹.

Ausnahmslos wird dazu geraten, das Erzeugerpreisniveau an die Marktverhältnisse heranzuführen, um so das verlorengegangene Marktgleichgewicht wiederzuerlangen. Den landwirtschaftlich Erwerbstätigen seien jedoch keine drastischen Einkommenseinbußen zuzumuten, so daß ein Einkommensausgleich über direkte Einkommenstransfers erreicht werden solle. Die agrarpolitischen Entscheidungsträger haben sich indes nicht entschließen können, eine derartige Neuorientierung der Agrarpolitik einzuleiten. Solange die Mitgliedstaaten bereit waren, die Kosten dieser Politik zu tragen, bestand für die Landwirtschaftsminister der EG in der Tat auch kaum Anlaß, den Status-quo aufzugeben. Erst unter dem Druck der Mittelverknappung und der britischen Forderungen nach Budgetentlastung beginnt man umzudenken.

Neuorientierung unter finanziellem Druck

Seit zwei Jahren weist die Kommission der EG mit Nachdruck darauf hin, daß die gemeinsame Agrarpolitik künftig ohne Kosteneinsparung nicht mehr mit den verfügbaren Mitteln finanzierbar ist. Entsprechend vorsichtig ist sie bei den Agrarpreisvorschlägen vorgegangen: Erstmals wurden die Preiserhöhungen für das Wirtschaftsjahr 1978/79 an den begrenzten Möglichkeiten des Marktes orientiert. Die jüngsten Vorschläge für das Wirtschaftsjahr 1980/81 sind noch restriktiver ausgefallen. In den Anmerkungen zum Gesamthaushalt stellt die Kommission fest², daß es dringend erforderlich sei, neue Prioritäten zu setzen, die in Richtung einer regionalen Umverteilung der Mittel und einer Ausgabenstabilisierung gehen.

In der Tat besteht die Gefahr, daß die Eigenmittel (Zölle, Zuckerabgabe, Agrarabschöpfungen und Einnahmen aus der Mehrwertsteuer der Mitgliedsländer) etwa von 1981 an nicht mehr ausreichen werden, um die Haushaltsausgaben zu decken.

Die Mitgliedsländer sind nicht bereit, mehr als 1 vH der Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage — also mehr als ihren maximalen Pflichtbeitrag — zum gemeinsamen Haushalt beizusteuern. So bietet sich als Ausweg offenbar nur noch eine drastische Reduzierung der Ausgaben für die Agrarpolitik an,

¹ Vgl. die Zusammenstellung der Vorschläge in: Hans von der Groeben und Hans Möller (Hrsg.): Möglichkeiten und Grenzen einer Europäischen Union, Band 6: Die agrarwirtschaftliche Integration Europas, Baden-Baden 1979, S. 153 ff.

² Vgl. Kapitel A des Dokuments KOM (78) 64 endg. vom 27. 2. 78 sowie KOM (79) 85 endg. vom 12. 3. 79.

Umfang und Struktur der Ausgaben des EG-Haushalts 1979

Haus- halts- Titel	Art der Ausgaben	Mill.ERE ¹⁾	vH
1	Personal	409,6	2,8
2	Gebäude, Sachausgaben	171,7	1,2
3	Gemeinschaftspolitiken	290,7	2,0
4	Rückerstattungen an die Mit- gliedstaaten	721,1	5,0
5	Sozialfonds und Regionalfonds	502,5 504,0	3,5 3,5
6+7	EAGFL ²⁾ - Abt. Garantie -	10 384,1	71,8
8	EAGFL ²⁾ - Abt. Ausrichtung -	355,6	2,5
9	Zusammenarbeit mit den Ent- wicklungsländern	494,9	3,4
10	Sonstige Ausgaben	333,5	2,3
	Gesamtbetrag Kommission	14 167,7	98,1
	Andere Organe der EG	279,3	1,9
	Gesamtbetrag	14 447,0	100,0

1) Die Europäische Rechnungseinheit (ERE) entspricht ca. DM 2,50,- 2) Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft.
Quelle: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (ABl.) Nr. L 41 v. 18.2.80.

will man die ohnehin knappe Förderung anderer Bereiche wie Sozial- und Regionalpolitik nicht einschränken. Die Weigerung des Europäischen Parlaments im Dezember vergangenen Jahres, dem Haushaltsentwurf zuzustimmen, kam nicht zuletzt aufgrund der verfehlten, kostspieligen Agrarpolitik zustande, durch die nicht weniger als etwa drei Viertel aller Mittel gebunden werden. Inzwischen liegt der neue Haushaltsentwurf der Kommission mit einer Reihe von Einsparungen vor; außerdem hat die Kommission die Preisvorschläge für den Agrarsektor vorgelegt. Die Verzögerung des Haushaltsverfahrens hat damit zwei entscheidende Auswirkungen gehabt:

- Haushaltsdebatte und Agrarpreisbeschlüsse werden für das laufende Haushalts- bzw. Wirtschaftsjahr in einen engen zeitlichen Bezug zueinander gebracht. Hierdurch werden die fiskalischen Rückwirkungen der Agrarbeschlüsse auf den Haushalt transparent; dies wird zweifellos von erheblichem Einfluß auf die Preisentscheidungen sein. Der Einfluß der Agrarminister würde zugunsten desjenigen der Wirtschafts- und Finanzminister zurückgedrängt.
- Unter dem Druck des fiskalischen Engpasses dürften sich die Chancen für eine aus gesamtwirtschaftlicher Sicht längst fällige Korrektur der Agrarpolitik verbessert haben.

Dennoch läßt die gegenwärtig überall in der Gemeinschaft angespannte Einkommenslage der Landwirtschaft harte Auseinandersetzungen erwarten.

Umfang und Struktur der Ausgaben des EAGFL - Abteilung Garantie - 1979

Haus- halts- Kapitel	Art der Ausgaben	Mill.ERE ¹⁾	vH
60	Getreide	1 574,2	15,2
61	Reis	41,4	0,4
62	Milch und Milcherzeugnisse	4 459,6	42,9
63	Fette	592,9	5,7
64	Zucker	1 004,6	9,7
65	Rindfleisch	708,3	6,8
66	Schweinefleisch	94,9	0,9
67	Eier und Geflügel	66,2	0,6
68	Obst und Gemüse	416,5	4,9
69	Wein	94,4	0,9
70	Tabak	212,0	2,1
73	Sonstige Erzeugnisse	112,5	1,1
74	Erstattung bei Waren aus der Verarbeitung landwirtschaft- licher Erzeugnisse	236,2	2,3
75	Beitrittsausgleich	1,2	.
78	Währungsausgleich	769,2	7,4
	Gesamtbetrag	10 384,1	100,0

1) 1 ERE entspricht ca. DM 2,50.
Quelle: ABl. Nr. L 41 v. 18.2.80.

Grenzen der Preis- und Einkommenspolitik

Jede Alternative zur gegenwärtigen Preis- und Einkommenspolitik in der EG läßt die Frage aufkommen, ob die Träger der agrarpolitischen Entscheidungsgewalt willens und fähig sind, die damit verbundenen politischen und administrativen Probleme zu lösen. Da die Reagibilität der agrarpolitischen Instanzen schon jetzt sehr gering ist, dürften die Aussichten auf Verwirklichung der Alternativvorschläge umso schlechter sein, je mehr sie das herrschende System tangieren. Deshalb ist eine totale Umorientierung vorerst auszuschließen. Ausreichend ist dagegen eine Kombination traditioneller Elemente der Gemeinsamen Agrarpolitik mit neuen Elementen, die eine Korrektur bisheriger Fehlentwicklungen erlauben.

Bei den Reformüberlegungen kommt es in erster Linie auf die vermeidbaren Kosten der Agrarpolitik, nicht auf die Gesamtkosten an; Prinzipien einer solchen verbesserten Agrarpolitik müßten sein:

- kurzfristig preispolitische Zurückhaltung bei Erzeugnissen mit den größten vorhandenen Überschüssen (Milch, Zucker und Rindfleisch) oder in Kürze zu erwartenden (Wein und bestimmte Getreidearten);

- langfristig die Suche nach einem Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage bei allen Produkten, so daß nicht wie bisher ständig auf marktwirtschaftsfremde Elemente wie Exportsubvention, Marktintervention und inferiore Verwertung zurückgegriffen werden muß, sondern — wie ursprünglich in den Marktordnungen vorgesehen — nur in bestimmten Ausnahmefällen, z. B. bei saisonalem Überangebot;
- eine Entlastung des Erzeugerpreises von seiner Einkommensfunktion, damit die Funktion als Mengenregulativ wirksam werden kann;
- Ergänzung der restriktiven, langfristig etwa am Weltmarktpreis zu orientierenden Erzeugerpreispolitik durch bestimmte direkte Einkommens-transfers;
- bessere Einordnung des Agrarbereichs in die allgemeine Wirtschaftspolitik der einzelnen Volkswirtschaften, z. B. durch eine noch stärkere Regionalisierung der Agrarstrukturpolitik unter Berücksichtigung außerlandwirtschaftlicher Aspekte.

Einkommensübertragungen, die aufgrund einer allgemeinen Preissenkung oder in bestimmten Produktionsbereichen gewährt werden, sind nicht neu in der Gemeinschaft. So wie sie in jüngster Zeit vorgeschlagen werden³, scheinen sie jedoch besonders gut geeignet zu sein, die oben genannten Kriterien zu erfüllen. Beihilfen in diesem Sinne sind Einkommensbeträge, die als Ausgleich für eine Senkung des Realpreinsniveaus gewährt werden. Da sie nicht an die Produktmenge gekoppelt sind, würde die Produktion vermutlich nicht mehr so schnell wachsen wie bisher. Diese Beihilfen bieten auch die Chance, das innerlandwirtschaftliche Einkommensgefälle auszugleichen und die Leistungen der Landwirtschaft zur Erhaltung der Kulturlandschaft zu honorieren. Entscheidend für die Realisierung der beabsichtigten Wirkungen ist indes die zielgerechte Ausgestaltung der Beihilfen. Diskutiert werden verschiedene Arten von Einkommenstransfers⁴. Die wichtigsten sind:

- Produktgebundene Beihilfen,
- einkommensgebundene Beihilfen,
- Beihilfen, die einen angemessenen Arbeitskräftebesatz je Flächeneinheit zur Grundlage haben,
- an bestimmte Personen gebundene Beihilfen mit zeitlicher Befristung,
- Beihilfen nach dem Viehbestand und schließlich
- Beihilfen, die an die Flächen gebunden sind.

Soll das Hauptziel der Neuorientierung der Agrarpolitik darin bestehen, daß künftig solche Produktionsanreize nicht mehr gegeben werden, die eine weitere Verschlechterung der Marktlage verursachen, und soll weiterhin die innerlandwirtschaftliche Einkommensverteilung verbessert werden, so bieten sich Beihilfen nach der bewirtschafteten Fläche an.

Sie sind produktunabhängig und können ohne allzu großen administrativen Aufwand gewährt werden. Extensive Bodennutzung, z. B. Grünlandnutzung, würde dadurch relativ stärker begünstigt als intensive; von der gegenwärtigen Preispolitik profitieren dagegen intensiv wirtschaftende Betriebe überdurchschnittlich.

Eine Nebenwirkung von Flächenbeihilfen besteht darin, daß der Prozeß der Freisetzung landwirtschaftlich genutzter Flächen durch die relativ stärkere Förderung extensiver Wirtschaftsformen verlangsamt wird. Dies könnte in einigen Gebieten der Gemeinschaft, die bei der gegenwärtigen Agrarpolitik benachteiligt und deshalb vom Rückzug des Menschen bedroht sind, durchaus erwünscht sein.

Dort aber, wo der Strukturwandel gefördert werden soll, bietet sich statt der Flächenbeihilfen die personengebundene direkte Einkommensübertragung an. Werden in einem solchen System die Transfers auf die gegenwärtige Generation beschränkt, so könnte der Strukturwandel in Gang gehalten werden.

Die Frage ist, wie ein solches kombiniertes System aus reduzierten Erzeugerpreisen und direkten Transferzahlungen an die Landwirte finanziert werden soll. Unbestritten sind die volkswirtschaftlichen Vorteile einer Agrarpolitik, die am Markt orientiert ist und — anders als im jetzigen System — Überschußproduktion vermeiden hilft⁵. Sehr wahrscheinlich werden aber in der Übergangsphase die fiskalischen Belastungen der Haushalte noch nicht abnehmen, weil sich die Produktion verzögert an die veränderten Bedingungen anpaßt. In diesem Fall könnte darum eine finanzielle Absicherung in Form einer beim Endverbrauch für Nahrungsmittel zu erhebenden indirekten Steuer⁶ diskutiert werden. Diese Steuer könnte geringer ausfallen als die Differenz der Nahrungsmittelpreise zwischen dem jetzigen und dem neuen Verbraucherpreisniveau. Denn die direkten Transfers werden eine höhere Einkommensinzidenz auslösen als die heutigen hohen Marktordnungsausgaben. Ein hoher Anteil dieser Ausgaben wird vom System, hauptsächlich von der Ernährungsindustrie, absorbiert, ohne daß die Landwirtschaft voll in ihren Genuß kommt. Ein

³ Vgl. hierzu: H. Priebe: Probleme und Möglichkeiten einer Preis-Beihilfen-Politik, in: Hans von der Groeben und Hans Möller (Hrsg.): Möglichkeiten . . . , a.a.O., S. 193 ff.

⁴ Vgl. Zur Reform der Agrarpolitik. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn 1973. Abgedruckt in: Sammelband der Gutachten dieses Beirats von 1949 bis 1974, Hiltrup 1975, S. 430.

⁵ Vgl. hierzu U. Koester und S. Tangermann: Alternativen der Agrarpolitik. Schriftenreihe Landwirtschaft — Angewandte Wissenschaft, Heft 182, Hiltrup 1976, S. 186 ff.

⁶ Koester und Tangermann bezeichnen diese als „Strukturabgabe“. Vgl. U. Koester und S. Tangermann, Alternativen . . . , a.a.O., S. 200 ff.

weiterer Vorteil sowohl der flächen- als auch der personengebundenen Einkommensübertragungen wäre, daß die Zahlungen variabel gehalten und damit den nationalen und regionalen Belangen

angepaßt werden könnten; das impliziert zugleich die Wiedergewinnung eines einheitlichen Agrarpreinsniveaus in der EG und damit einen Integrationsfortschritt.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Zur Wirtschaftslage: Westliche Industrieländer: Hochzinspolitik ertaßt auch preisstabilere Länder bearbeitet von Manfred Teschner
und Joachim Volz. *Bundesrepublik Deutschland: Leistungsbilanzdefizit bestimmt restriktive Geldpolitik* bearbeitet von Hans-Peter Basler. —
Produktionsüberschüsse und Mittelknappheit erzwingen Umdenken in der Europäischen Agrarpolitik bearbeitet von Peter Hrubesch.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.